

In der Senatssitzung am 24. März 2026 beschlossene Fassung

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

21. Wahlperiode

Ergänzt um Beschluss der SK

Beschlussprotokoll

32. Sitzung

18.03.2026 und 19.03.2026

Nr. 21/665 – 21/683

Nr. 21/665

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Diebstähle von unbaren Zahlungsmitteln – Entwicklung, Prävention und Strafverfolgung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 23. Dezember 2025
(Drucksache [21/1542](#))
2. Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen
Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2026
(Drucksache [21/1618](#))
3. Familien in Ausnahmesituationen – Wie verlässlich ist die Notbetreuung von der Kita bis zur 6. Klasse?
vom 21. Januar 2026
(Drucksache [21/1575](#))
4. Was hat der Senat im Vorfeld der Abstimmung über die Überprüfung des MERCOSUR-Abkommens durch den EuGH unternommen, um eine weitere Verzögerung im Interesse des Wirtschaftsstandorts Bremen zu verhindern?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 29. Januar 2026
(Drucksache [21/1594](#))
5. Gesetz zur Änderung disziplinar- und beamtenrechtlicher Vorschriften sowie zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
Mitteilung des Senats vom 3. März 2026
(Drucksache [21/1663](#))
Dazu
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 11. März 2026
(Drucksache [21/1688](#))

Nr. 21/666

Liste der Vorlagen ohne Aussprache vom 17. März 2026

1. 7. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 1. April 2025
(Drucksache [21/1108](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.
2. Stellungnahme des Senats zum 7. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung über den Datenschutz im Jahr 2024 im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 16. September 2025
(Drucksache [21/1352](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 7. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.
3. 7. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung und Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung
vom 19. Februar 2026
(Drucksache [21/1628](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung Kenntnis.
4. 19. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Bericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 1. April 2025
(Drucksache [21/1109](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

5. Stellungnahme des Senats zum 19. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 16. September 2025
(Drucksache [21/1353](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 19. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.
6. 19. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung
vom 19. Februar 2026
(Drucksache [21/1629](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung Kenntnis.
7. Zweiter Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (2. GlüÄndStV 2021)
Mitteilung des Senats vom 3. März 2026
(Drucksache [21/1662](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
8. Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes
Mitteilung des Senats vom 3. März 2026
(Drucksache [21/1664](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
9. Anpassung von Entschädigungsleistungen
Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft
vom 5. März 2026
(Drucksache [21/1672](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung der Präsidentin Kenntnis.

10. Bericht Nr. 27 des Ausschusses für Petitionen
Bericht und Antrag des staatlichen Ausschusses für Petitionen
vom 10. März 2026
(Drucksache [21/1675](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
11. Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausführungsgesetzes zur EU-Datenschutz-Grundverordnung
Mitteilung des Senats vom 10. März 2026
(Drucksache [21/1676](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung.
12. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über das Halten von Hunden (BremHundeG)
Mitteilung des Senats vom 10. März 2026
(Drucksache [21/1677](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 21/667

Wahl eines neuen Vizepräsidenten

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 6. März 2026
(Drucksache [21/1673](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt zum Vizepräsidenten den Abgeordneten Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Nr. 21/668

Wir machen Bremen und Bremerhaven stark – für einen Haushalt, der die Bürger in den Mittelpunkt stellt

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. März 2026
(Drucksache [21/1696](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/669

Doppelhaushalt 2026/2027 zurückweisen und neu aufstellen - Sanierungstau abbauen, Wertschöpfung stärken, Prioritäten durchsetzen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 16. März 2026
(Drucksache [21/1701](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/670

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2026 und 2027; Finanzplanung 2025 bis 2029

Mitteilung des Senats vom 28. November 2025
(Drucksache [21/1497](#))

Ergänzung zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2026 und 2027

Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2026
(Drucksache [21/1615](#))

Dazu

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke (Drucksachen [21/1631](#) bis [21/1647](#), Drucksachen [21/1691](#) bis [21/1693](#) und Drucksache [21/1695](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke (Drucksachen [21/1631](#) bis [21/1643](#) und [21/1645](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke ([21/1693](#)) wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2026 und 2027 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungskennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätskennzahlen etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Jahre 2026 und 2027 eine Veränderung von Produktplan-, Produktbereichs- sowie Produktgruppenbudgets bezogen beispielsweise auf das Aggregat beziehungsweise die Produktgruppe erfolgte
2. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand in den Jahren 2026 und 2027 vorliegen
3. zwischenzeitig von den Ressorts neue beziehungsweise aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden Produktplan-, Produktbereichs- beziehungsweise Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet konnten
4. anderweitige redaktionelle beziehungsweise Darstellungsbedarfe.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im kameralen Haushalt (einschließlich Stellenpläne) enthaltenen Angaben in den Fällen anzupassen, in denen nachträglich technische, redaktionelle oder inhaltliche Anpassungsbedarfe

bezogen beispielsweise auf Haushaltsvermerke oder Erläuterungen festgestellt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Produktgruppenhaushalt für die Jahre 2026 und 2027.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksache [21/1644](#)) wie folgt zu:

Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, bei den der Anlage 1 zu entnehmenden Haushaltsstellen der Eckwertaufstockung Klimaschutz die Haushaltsvermerke direkt anschließend an den Satz „Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.“ um die folgende Aussage zu erweitern:

„Ein zweckentsprechender Mitteleinsatz für den Aktionsplan Klimaschutz ist dabei sicherzustellen und nachzuweisen.“

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksachen [21/1695](#)) wie folgt zu:

Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, im Zusammenhang mit den eingebrachten Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke zur Sicherstellung einer korrekten haushaltstechnischen Umsetzung die Anbringung folgender Haushaltsvermerke zu prüfen und bedarfsweise zu ergänzen beziehungsweise anzupassen:

I. Sperrvermerke:

Im Einzelfall bei neuen Maßnahmen, für die noch gesonderte Konzepte/Mittelverwendungskonzepte vorzulegen sind:

1a)

1. Die Mittel sind gesperrt.
2. Über die Aufhebung der Sperre entscheiden der Senat und der Haushalts- und Finanzausschuss nach Vorlage eines konkreten Mittelverwendungskonzepts.

1b)

1. Die Mittel sind gesperrt.
2. Über die Aufhebung der Sperre entscheiden die Fachdeputation beziehungsweise der Ausschuss und der Haushalts- und Finanzausschuss nach Vorlage eines konkreten Mittelverwendungskonzepts.

1c)

Sofern die aus dem jeweiligen Änderungsantrag resultierenden Mittel auf einem Titel mit bereits vorgesehenen Anschlagsmitteln hinterlegt werden sollen, ist der unter 1a) oder 1b) aufgeführte Haushaltsvermerk entsprechend zu modifizieren.

II. Vermerke zum Ausschluss gegenseitiger Deckungsfähigkeiten und Einsparungen:

1a)

1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.
2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.

1b)

Sofern die aus dem jeweiligen Änderungsantrag resultierenden Mitteln auf einem Titel mit bereits vorgesehenen Anschlagsmitteln hinterlegt werden sollen, ist der unter 1a) aufgeführte Haushaltsvermerk wie folgt zu fassen:

Mittel in Höhe von XXX Euro [Anschlagsaufstockung] sind zweckgebunden als zusätzliche Mittel für XXXXX [Maßnahmen-/Projekttitel]. Bezogen auf diese Mittel sind Einsparungen nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den kameralen Haushaltsplan einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für die Jahre 2026 und 2027.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den produktgruppenorientierten Stellenplan für das Jahr die Jahre 2026 und 2027.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den kameralen Stellenplan für die Jahre 2026 und 2027.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke (Drucksache [21/1691](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2026 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke (Drucksache [21/1692](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2027 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke (Drucksache [21/1647](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsbegleitgesetz 2026/2027 in erster und zweiter Lesung.

Nr. 21/671

Information gemäß Stabilitätsratsgesetz § 9 (StabiRatG)

Mitteilung des Senats
vom 16. Dezember 2025
(Drucksache [21/1535](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 21/672

Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 des Sonstigen Sondervermögens der Freien Hansestadt Bremen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft

Mitteilung des Senats
vom 2. Dezember 2025
(Drucksache [21/1501](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 des Sonstigen Sondervermögens der Freien Hansestadt Bremen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft zu, und zwar mit zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Bürgerschaft (Landtag).

Nr. 21/673

Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 des Sonstigen Sondervermögens der Freien Hansestadt Bremen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft

Bericht und Antrag des Ausschusses für das Sonstige Sondervermögen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft
vom 3. März 2026
(Drucksache [21/1670](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für das Sonstige Sondervermögen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft Kenntnis.

Nr. 21/674

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 sowie Finanzplanung 2025 bis 2029

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 17. März 2026
(Drucksache [21/1706](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 21/675

Besetzung des Amtes des Landesbehindertenbeauftragten

Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft
vom 5. März 2026
(Drucksache [21/1671](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn Wolf Arne **Frankenstein** zum Landesbehindertenbeauftragten.

Nr. 21/676

Fragestunde

1. Schafft die Innensenatorin die Kontrollquittungen jetzt endlich ab?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 19. Februar 2026
2. Kartenlesegeräte bei der Polizei: Wo bleibt die Ausschreibung?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 19. Februar 2026
3. Waffenverbot im Bremer Bahnhof – Wer ist für die Kontrolle und Sanktionierung zuständig?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 19. Februar 2026
4. Pflegestützpunkte: Wie ist die aktuelle Situation?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 19. Februar 2026
5. Verschwendung staatlicher Ressourcen bei Zwangsvollstreckungen von Kleinstbeträgen
Anfrage des Abgeordneten Holger Fricke und Gruppe Bürgerallianz Bremen/Bremerhaven vom 19. Februar 2026
6. Informationen zur Barrierefreiheit von Arzt- und Psychotherapiepraxen
Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 19. Februar 2026
7. Integrationskurse im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Februar 2026

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Gleichberechtigte Teilhabe im Wasser: Barrierefreiheit und Inklusion bei Schwimmkursangeboten
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Februar 2026
9. Wie setzt sich Bremen für die notwendigen Rahmenbedingungen zur Transformation der Stahlindustrie ein?
Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Februar 2026
10. Sprachkurse und Berufsausbildung
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 19. Februar 2026
11. (K)Ein Basiskonto bei der Sparkasse Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 19. Februar 2026
12. Überlastete Justiz – Droht auch in Bremen die vorzeitige Freilassung von Schwerverbrechern?
Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2026
13. Elektrifizierung des Fuhrparks der Polizei
Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Michael Labetzke, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. März 2026
14. Minijobs und Midijobs in Eigenbetrieben und Senatsverwaltungen der Freien Hansestadt Bremen
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 4. März 2026
15. Schulstreik gegen die Wehrpflicht während des Unterrichts

Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion
BÜNDNIS DEUTSCHLAND vom 10. März 2026

16. Schulstreik gegen die Wehrpflicht – Teilnahme von extremistischen Organisationen

Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion
BÜNDNIS DEUTSCHLAND vom 10. März 2026

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/677

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP:
„Hohe Spritpreise belasten Bürger – warum kämpft der Senat nicht für echte Entlastung an der Zapfsäule?“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke:
„Aberkennung des Buchhandlungspreises für den Golden Shop gefährdet die Kunstfreiheit“;
3. auf Antrag der Abgeordneten Philipp Bruck, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Bremer Klimaziele in Gefahr – Bundesregierung muss endlich verantwortungsvoll handeln und Bremen eigene Möglichkeiten mit Sofortprogramm ausschöpfen!“ und
4. auf Antrag der Abgeordneten Theresa Gröninger, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU:
„Ausbildungsfonds: Löscht der Senat den Brand mit Benzin?“.

Nr. 21/678

Ausbildungsunterstützungsfonds: Wie ist die Liquiditätssituation aufgrund der Klagen und wie hoch ist die Belastung bremischer Eigen- und Beteiligungsbetriebe?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 29. November 2025

(Drucksache [21/1435](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2026

(Neufassung der Drucksache [21/1552](#) vom 13. Januar 2026)

(Drucksache [21/1562](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/679

Einführung einer RIAS-Meldestelle in Bremen – Verbesserung der Erfassung antisemitischer Vorfälle und Stärkung des Dunkelfeld-Monitorings

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2025
(Drucksache [21/1312](#))

Dazu

Änderungsantrag der Gruppe Bürgerallianz Bremen/Bremerhaven

vom 18. März 2026
(Drucksache [21/1708](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/680

Melde- und Beratungsstrukturen für antisemitische Vorfälle in Bremen weiterentwickeln und bundesweite Zusammenarbeit ausbauen

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 25. Februar 2026
(Drucksache [21/1657](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung einer Antisemitismus-Meldestelle zu ermöglichen, die antisemitische Vorfälle systematisch dokumentiert, einordnet und auswertet, Betroffene begleitet und Unterstützungsangebote vermittelt;
2. diese Meldestelle gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, insbesondere RIAS, „Keine Randnotiz“, „soliport“ und „akriba“, zu konzipieren, so dass sie sich in die vorhandenen Strukturen in Bremen einfügt und sie sinnvoll ergänzt;
3. in der Umsetzung einen kontinuierlichen Austausch zwischen der Meldestelle und den Jüdischen Gemeinden Bremen zu pflegen;
4. sicherzustellen, dass die Arbeitsweisen und Qualitätsstandards der Meldestelle eine Vergleichbarkeit und Zusammenarbeit in bundesweiten Melde- und Unterstützungsstrukturen ermöglichen;
5. der Bürgerschaft (Landtag) über die Umsetzung zu berichten.

Nr. 21/681

Equal Pay and Equal Care – Wo stehen wir in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion Die Linke
vom 2. Oktober 2025
(Drucksache [21/1385](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. Dezember 2025

(Drucksache [21/1519](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/682

Mit der Zeit gehen – Anhebung der Wertgrenzen im Unterschwellenbereich

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 11. März 2026

(Drucksache [21/1687](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der
 - a) eine signifikante Anhebung der Wertgrenzen für Direktvergaben bei Bauleistungen auf 500 000 Euro sowie bei Liefer- und Dienstleistungen auf 100 000 Euro bei gleichzeitiger Regelung einer Bieterrotation vorsieht;
 - b) die Einführung eines weitestgehend formfreien Verhandlungsverfahrens mit Einholung mehrerer Vergleichsangebote für Beschaffungen, deren Auftragswert oberhalb der Wertgrenze für Direktvergaben nach Beschlussvorschlag 1a und maximal bis zur Höhe der maßgeblichen Schwellenwerte gemäß § 106 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen liegt, vorsieht;
 - c) die weiteren Abschnitte des Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetzes an die Änderungen aus 1a. und 1b., soweit erforderlich, anpasst und die Auswirkungen auf andere Regelungen (insbesondere des Haushaltsrechts) berücksichtigt;
 - d) die Änderungen bis zum 31. Dezember 2030 befristet;
2. der Bürgerschaft (Landtag) sechs Monate vor Ablauf der Befristung einen Evaluationsbericht inklusive einer Empfehlung über eine mögliche Verlängerung der Maßnahme zu übersenden, der insbesondere die Punkte Kostenreduzierung, Verfahrensbeschleunigung und -vereinfachung umfasst.

Nr. 21/683

Folgende Tagesordnungspunkt werden ausgesetzt:

1. Kein Netz im Revier: Warum hat die Bremer Polizei immer noch kein WLAN?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2025
(Drucksache [21/1237](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 5. August 2025
(Drucksache [21/1281](#))

2. Zwei Jahre Koalitionsvertrag – Zwei verlorene Jahre für die gleichberechtigte Teilhabe von schwerbehinderten Menschen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2025
(Drucksache [21/1238](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1307](#))
3. Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2025
(Drucksache [21/1263](#))
4. Fünf-Punkte-Plan zur Ergänzung des Wissenschaftsplans 2030 und für die Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. Juni 2025
(Drucksache [21/1250](#))
5. Wissenschaftsplan 2030
Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2025
(Drucksache [21/1526](#))
6. Wissenschaftsfreiheitsgesetz und verlässliche Grundfinanzierung von Wissenschaft und Forschung
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2026
(Drucksache [21/1627](#))
7. Drittes Gesetz zur Änderung des Bremischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2025
(Drucksache [21/1254](#))
8. Mehr Schutz vor Gewalt – Frauenhäuser stärken!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Oktober 2024
(Drucksache [21/789](#))
9. Mehr Schutz vor Gewalt – Frauenhäuser stärken!
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 7. Juli 2025
(Drucksache [21/1262](#))
10. Fleiß statt Flausch – Leistungsgedanken wieder in den Schulen verankern
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Juli 2025
(Drucksache [21/1270](#))
11. Wahl eines Schriftführers als Mitglied des Vorstands der Bürgerschaft
Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 30. Juli 2025
(Drucksache [21/1280](#))

12. Schutz der Integrität von Kindern in „Sozialen Medien“
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 14. Juli 2025
(Drucksache [21/1274](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1308](#))

13. Verwaltungsdigitalisierung braucht eine zentrale Verantwortlichkeit, Finanzierung und Steuerung!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1301](#))
14. PflegeHygiene-Verordnung verhältnismäßig und praxistauglich ausgestalten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. August 2025
(Drucksache [21/1316](#))
15. Zeitenwende auch in Bremen – Gesetz zur Förderung der Bundeswehr im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. August 2025
(Drucksache [21/1322](#))
16. Verspätete Rechnungslegung der Gruppe Löhmann, Felgenträger und Magnitz für das Jahr 2022
Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. September 2025
(Drucksache [21/1331](#))
17. Verspätete Rechnungslegung der Gruppe Löhmann, Felgenträger und Magnitz für das Jahr 2023
Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. September 2025
(Drucksache [21/1332](#))
18. Demokratische Diskussionskultur schützen
Große Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1303](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. September 2025
(Drucksache [21/1376](#))
19. Wer kümmert sich um Wildtiertnotfälle?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1305](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 28. Oktober 2025
(Drucksache [21/1425](#))
20. Konzeption und Einrichtung einer Wildtierauffangstation im Land Bremen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 29. Januar 2026
(Neufassung der Drucksache [21/1515](#) vom 9. Dezember 2025)
(Drucksache [21/1593](#))

21. Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen – eine Illusion, mehr nicht?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. August 2025
(Drucksache [21/1317](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. September 2025
(Drucksache [21/1377](#))
22. Damit Assistenzhunde weiter geprüft werden können: Übergangsregelung wieder in Kraft setzen
Antrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 17. Februar 2026
(Neufassung der Drucksache [21/1346](#) vom 10. September 2025)
(Drucksache [21/1623](#))
23. Für mehr Wertschätzung und Attraktivität des Berufsbildes: Heilfürsorge auch im Bremer Justizvollzug ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2025
(Drucksache [21/1349](#))
24. Klare Regeln für offene Kommunikation: Keine Gesichtsverschleierung an Bremens Schulen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. September 2025
(Drucksache [21/1363](#))
25. Stärkung der internationalen Hafenkooperationen: Partnerschaft der bremischen Häfen mit dem Hafen Taichung/Taiwan im Bereich Digitalisierung, Offshore-Logistik und Smart-Port-Technologien
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. September 2025
(Drucksache [21/1367](#))
26. Repowering von Windkraftanlagen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 1. September 2025
(Drucksache [21/1328](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 7. Oktober 2025
(Drucksache [21/1395](#))
27. Wissenschaftskommunikation stärken: für gesellschaftliche Teilhabe und politische Entscheidungsfindung
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 7. Oktober 2025
(Drucksache [21/1400](#))
28. Baumschutzverordnung in Bremen außer Kraft setzen und mit echtem Beteiligungsprozess neu aufrollen!
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

- vom 8. Oktober 2025
(Drucksache [21/1403](#))
29. Gefährdung durch Drohnen im Kontext Hybrider Angriffe auf kritische Infrastruktur im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. Oktober 2025
(Drucksache [21/1405](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1442](#))
30. Naturdenkmale wieder unter besonderen Schutz stellen
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und der SPD
vom 8. Oktober 2025
(Drucksache [21/1406](#))
31. Sanierungskonzept für Polizeiliegenschaften im Land Bremen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. Oktober 2025
(Drucksache [21/1409](#))
32. Antisemitismus im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. Oktober 2025
(Drucksache [21/1404](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 18. November 2025
(Drucksache [21/1479](#))
33. Entwicklung der Gewaltkriminalität im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 20. Oktober 2025
(Drucksache [21/1414](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 2025
(Drucksache [21/1506](#))
34. Genug ist genug – Priorität für die Innere Sicherheit in Bremen
Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 19. November 2025
(Drucksache [21/1482](#))
35. Ausscheiden der ehemaligen Staatsrätin im Arbeitsressort Karin Treu und deren Weiterverwendung im Beamtenverhältnis
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 24. Oktober 2025
(Drucksache [21/1416](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 2025
(Drucksache [21/1507](#))

36. Pfandlücke bei alkoholfreien Spirituosen schließen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1436](#))
37. Smart begleitet per App – für mehr Unterstützung bei geschlechterspezifischer Gewalt
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. November 2025
(Drucksache [21/1460](#))
38. Islamismus entschlossen bekämpfen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. November 2025
(Drucksache [21/1473](#))
39. 3. Fortschrittsbericht zum Landesaktionsplan Istanbul-Konvention
Mitteilung des Senats
vom 18. November 2025
(Drucksache [21/1478](#))
40. The sky is not the limit – Stärkung des Luft- und Raumfahrtstandorts Bremen durch schulische Berufsorientierung
Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. Dezember 2025
(Drucksache [21/1500](#))
41. Regionale Mitbestimmung in Europa erhalten – auskömmlichen EU-Haushalt sicherstellen
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke
vom 3. Dezember 2025
(Drucksache [21/1512](#))
42. Kurs des geplanten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2028-2034 im EU-Haushalt korrigieren – Kohäsionspolitik regional, bürgernah und wirtschaftsfreundlich ausrichten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2026
(Drucksache [21/1614](#))
43. Antifa unter Beobachtung – Wann zieht Bremen Konsequenzen gegen linksextreme Gewalt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1437](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2025
(Neufassung der Drucksache [21/1534](#) vom 17. Dezember 2025)
(Drucksache [21/1540](#))
44. Willkür statt Strategie. Nach welchen Kriterien entscheidet der Senat über Fortsetzung oder Einstellung von Arbeitsförderprojekten 2026?
Große Anfrage der Fraktion der CDU

- vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1440](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2026
(Drucksache [21/1572](#))
45. Wieder blind ins Risiko – Hat der Senat Bovenschulte aus dem Sozialleistungsbetrugsskandal nichts gelernt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1447](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2026
(Drucksache [21/1584](#))
46. Zukunftsfähigkeit des Leistungssports im Land Bremen: Perspektiven, Förderung und Herausforderungen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. November 2025
(Drucksache [21/1456](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2025
(Drucksache [21/1525](#))
47. Auf dem Holzweg oder startklar für die Zukunft? – Zum Stand der Berufsorientierung in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. November 2025
(Drucksache [21/1472](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2026
(Drucksache [21/1553](#))
48. Zuwendungen im Land Bremen - Entwicklung, Monitoring, Digitalisierung und Transparenz
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 17. November 2025
(Drucksache [21/1474](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. März 2026
(Drucksache [21/1665](#))
49. Einbrüche im Land Bremen – wie groß ist das Problem tatsächlich?
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 20. November 2025
(Drucksache [21/1483](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2026
(Drucksache [21/1598](#))
50. Politische Ausrichtung und Verwendung öffentlicher Mittel beim Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Universität Bremen – Kritische

Orientierungswochen, Kooperationen mit externen Gruppen und Einfluss auf Studierende

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

vom 24. November 2025

(Drucksache [21/1487](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2026

(Drucksache [21/1554](#))

51. Ein Zuhause für Bremens Sporttalente: Haus der Athleten 2.0
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. November 2025
(Drucksache [21/1498](#))
52. Wie kann im Land Bremen die Implementierung von CCS-/CCU-Technologien zur Speicherung von CO₂-Emissionen gelingen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2025
(Drucksache [21/1514](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2026
(Drucksache [21/1585](#))
53. Bremen sicherer machen – Maßnahmen für eine verlässliche Innenpolitik
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2025
(Drucksache [21/1521](#))
Dazu
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
(Drucksache [21/1707](#))
54. Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes (BremLadSchIG)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2025
(Drucksache [21/1522](#))
55. Der öffentliche Dienst im Land Bremen als Arbeitgeber
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 12. Dezember 2025
(Drucksache [21/1524](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2026
(Drucksache [21/1651](#))

56. Für ein Fortbestehen des Integrierten Gesundheitscampus Bremen (IGB) – Das Bundesland Bremen zum Leuchtturm der Gesundheitsversorgung und Gesundheitswirtschaft in Norddeutschland entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Dezember 2025
(Drucksache [21/1536](#))
57. Sicheres Parken im Land Bremen ermöglichen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Dezember 2025
(Drucksache [21/1539](#))
58. Attraktivität des Justizvollzugsdienstes steigern und Rahmenbedingungen in Sicherheitsberufen angleichen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. Januar 2026
(Drucksache [21/1547](#))
59. Objektive Daten zur Drogenproblematik in Bremen durch Abwassermonitoring
Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 14. Januar 2026
(Drucksache [21/1561](#))
60. Arbeitsmarktsituation Flüchtlinge und Personen mit Fluchthintergrund
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 19. Dezember 2025
(Drucksache [21/1538](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2026
(Drucksache [21/1603](#))
61. Menschenwürde garantieren – Verlässliche und diskriminierungsfreie Triage-Regelungen für Bremen schaffen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Januar 2026
(Drucksache [21/1566](#))
62. CO₂-Berichterstattung (Berichtsjahr 2023)
Entwicklung der CO₂-Emissionen im Land Bremen (Berichtsjahr 2023)
Bericht nach § 5 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG)
Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2026
(Drucksache [21/1571](#))
63. Nachhaltigkeitsbericht der Freien Hansestadt Bremen 2025
Mitteilung des Senats
vom 10. Februar 2026
(Drucksache [21/1604](#))
64. Neue Wege für Bremer Schulen ebnen: Ein Pilotprojekt für eine verbindliche Nachhilfe für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler nach dem Hamburger Vorbild

Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. Februar 2026
(Drucksache [21/1608](#))

- ~~65.~~ Mehr Sicherheit für Fernwärmekund:innen!
Antrag der Fraktionen Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD
vom 17. Februar 2026
(Drucksache [21/1611](#))
66. Finanzierung, Einfluss und Kontrolle nichtstaatlicher Organisationen (NGO) im
Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 14. Januar 2026
(Drucksache [21/1560](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2026
(Drucksache [21/1652](#))
67. Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 16. Januar 2026
(Drucksache [21/1564](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2026
(Drucksache [21/1653](#))
68. Versprochen. Beschlossen. Nicht geliefert? – Bilanz des Senats Bovenschulte
zum Koalitionsvertrag 2023 – 2027
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2026
(Drucksache [21/1583](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. März 2026
(Drucksache [21/1667](#))

69. Prostatakrebsfrüherkennung wirksam weiterentwickeln und Bremer Modellprojekt etablieren
Antrag der Fraktion der FDP
(Drucksache [21/807](#))
70. Prostatakrebsfrüherkennung wirksam weiterentwickeln und Bremer Modellprojekt etablieren
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz
vom 18. Februar 2026
(Drucksache [21/1624](#))
71. Gesetz zur Änderung des Bremischen Waldgesetzes (BremWaldG)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Februar 2026
(Drucksache [21/1648](#))
72. Demenzstrategie und Landesfachstelle für Bremen und Bremerhaven entwickeln und umsetzen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 24. Februar 2026
(Drucksache [21/1656](#))
73. Fünftes Gesetz zur Änderung des Bremischen Nichtraucherschutzgesetzes
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und der SPD
vom 28. Januar 2026
(Drucksache [21/1592](#))
Dazu
Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 11. März 2026
(Drucksache [21/1686](#))
74. Abschlussbericht zum „Bremer Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention - Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“
Mitteilung des Senats vom 3. März 2026
(Drucksache [21/1666](#))

Beschluss:

1. *Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) vom 18.03. bis 19.03.2026 zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung der beschlossenen Gesetze.*
2. *Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/670 an den Senator für Finanzen.*

3. *Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/680 an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie die Senatorin für Inneres und Sport zur weiteren Veranlassung.*
4. *Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/682 an die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation.*